



An
Stadtkanzlei
Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie

Sitzung vom 15. Mai 2008 ro (04.000127)

SRB Nr. 260

Reglement vom 20. Oktober 2005 über Kundgebungen auf öffentlichem Grund (Kundgebungsreglement; KgR; SSSB 143.1); Teilrevision

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Reglement vom 20. Oktober 2005 über Kundgebungen auf öffentlichem Grund (Kundgebungsreglement; KgR; SSSB; 143.1); Teilrevision.
2. Er bereinigt und beschliesst mit 40 Ja gegen 36 Nein –Stimmen die Teilrevision des Reglements vom 20. Oktober 2005 über Kundgebungen auf öffentlichem Grund (Kundgebungsreglement; KgR; SSSB 143.1) unter Vorbehalt der fakultativen Volksabstimmung gemäss Artikel 37 und 48 der Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) wie folgt:

Art. 6a (neu) Kundgebungen in der Innenstadt

- 1 Kundgebungen werden in der Regel nur als Platzkundgebungen, namentlich ohne in Anspruchnahme der Hauptgasse, bewilligt.
- 2 Über Ausnahmen in Einzelfällen entscheidet der Gemeinderat (analog Regelung „Bundesplatz“)
(40 Ja, 36 Nein)

Art. 8 Strafbestimmungen

1 Mit Busse bis zum Höchstmass gemäss der kantonalen Gesetzgebung¹ wird bestraft,

- a. wer als Organisierende oder Organisierender einer bewilligungspflichtigen Kundgebung
 1. keine Bewilligung einholt (Art. 2 Abs. 1; Art. 4 Abs. 1 Bst. a);
 2. namentlich von der Gesuchseinreichung bis zum Ende der Kundgebung nicht Ansprechperson für die zuständige Behörde ist und den Kontakt mit dieser nicht aufrecht erhält (Art. 4 Abs. 1 Bst. b);
 3. die erteilte Bewilligung nicht einhält (Art. 5 Abs. 1);

¹ Art. 58ff. des Gemeindegesetzes vom 16. März 1998 (GG; BSG 170.11)

4. keinen angemessenen Organisationsdienst sicherstellt (Art. 5 Abs. 1);
 - b. wer zu einer Spontankundgebung aufruft und
 1. diese nicht gleichzeitig mit dem Aufruf dazu der zuständigen Behörde meldet (Art. 3 Abs. 3);
 2. von der Meldung bis zum Ende der Kundgebung nicht Ansprechperson für die zuständige Behörde ist und den Kontakt mit dieser nicht aufrecht erhält (Art. 5 Abs. 2);
- 2 Das Verfahren richtet sich nach Artikel 50ff. der Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998.

Art. 9 Rechtspflege

Verfügungen der zuständigen Behörde unterliegen der Verwaltungsbeschwerde an das Regierungsstatthalteramt.

3. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Teilrevision.

Namens des Stadtrats
Der Präsident

Die Ratssekretärin

Beilagen an SK
- GRB Nr. 0466 vom 26.3.2008
- Vortrag Nr. 04.000127 vom 26.3.2008